
**NIEDERSCHRIFT
über die 9. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
der Gemeinde Fränkisch-Crumbach (Wahlperiode 2016/2021)
am 5. Juni 2019**

Als stimmberechtigte Ausschussmitglieder waren anwesend:

| SPD-Fraktion: | CDU-Fraktion: | FDP-Fraktion: |
|-------------------|--------------------------------|----------------------------|
| 1. Andreas Engel | 1. Michelle Marquardt | 1. Joachim Eichner (Vors.) |
| 2. Hanne Schirmer | 2. Klaus Schürger (stv. Vors.) | |
| 3. Sonny Wießmann | 3. Walter Weidmann | |

Somit waren 7 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Als nicht stimmberechtigte Gemeindevertreter waren anwesend:

- Patrick Eckert
- Klaus Horlacher
- Thomas Wörner

Vom Gemeindevorstand war anwesend:

- Bürgermeister Eric Engels

Die Sitzung begann um 20:00 Uhr und war um 21:50 Uhr beendet.

Der Haupt- und Finanzausschuss wurde durch Einladung des Vorsitzenden vom 27.05.2019 unter Mitteilung der Tagesordnung, der Stunde und des Ortes zu einer Sitzung einberufen. Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung wurden öffentlich bekannt gegeben. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Die Verhandlung fand in öffentlicher Sitzung statt. Über die Beratung der Gegenstände der Tagesordnung wurde folgende Niederschrift gefertigt.

TOP 36 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.11.2018

Abstimmungsergebnis

| Zustimmung | Ablehnung | Enthaltung |
|------------|-----------|------------|
| Einstimmig | - | - |

Damit ist die Niederschrift über die 8. Sitzung der Haupt- und Finanzausschusses vom 12.11.2018 genehmigt.

TOP 37 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019; Beratung und empfehlende Beschlussfassung gemäß § 98

Zur 1. Nachtragshaushaltssatzung bzw. zum 1. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 03.06.2019, eingegangen am 03.06.2019, vor.

Die SPD-Fraktion beantragt den 1. Nachtragshaushaltsplan und die 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 wie folgt zu ändern: Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 38.000 € um maximal 200.000 € erhöht und damit auf 238.000 € festgesetzt.

Für die SPD-Fraktion erläutert Andreas Engel den Antrag und bittet um Korrektur des Betrages der Erhöhung der Kredite um 225.000 € und damit die Festsetzung auf

263.000 €, damit die Finanzierung der kommunalen Förderung bei der Übernahme der örtlichen Hausarztpraxis gewährleistet sei.

Andreas Engel erläutert weiter, dass durch die beantragte Reduzierung der Kreditermächtigung lediglich die zu erwartenden Stundungen bezüglich der Straßenbeiträge für die Darmstädter Straße abgedeckt werden sollten. Für eine weitere Kreditaufnahme bestehe nach Auffassung der SPD-Fraktion keine Veranlassung, denn bisher lägen lediglich die Schlussrechnungen für die Darmstädter Straße vor. Er erinnert daran, dass Schulden der Gemeinde in Höhe von 1,05 Mio. € vom Land Hessen im Rahmen der Hessenkasse übernommen wurden. Die entsprechenden notwendigen Beschlüsse habe die SPD-Fraktion seinerzeit mitgetragen. Bei der im Nachtragshaushalt nun vorgesehenen Erhöhung der Kredite würde sich die Gemeinde im schlimmsten Fall mit nahezu der gleichen Summe wieder belasten, noch dazu verbunden mit einem entsprechenden Zinsrisiko. Er halte es für ein großes Desaster, dass die Landesregierung mit ihrer Regelung zu den Straßenbeiträgen bzw. Stundungen die Gemeinden in einen Investitionsstau treibe. Die Gemeinden müssten nicht nur ihren Eigenanteil an Straßenbaumaßnahmen finanzieren, sondern zusätzlich den Anteil der Anlieger. Da für die Darmstädter Straße die Schlussrechnungen bereits vorlägen, sollten diese nach dem alten System der einmaligen Straßenbeiträge abgerechnet werden. Für die Adalbert-Stifter-Straße, Mozartstraße, Berliner Straße und Auf dem Ziegler solle nach dem neuen System der wiederkehrenden Straßenbeiträge verfahren werden. Die SPD-Fraktion werde einen entsprechenden Antrag auf die Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen stellen. Diese Vorgehensweise sei die einzige Chance, auch künftig Investitionen in die Infrastruktur zu ermöglichen. Der Erhöhung der Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen werde die SPD-Fraktion daher nicht in der im Nachtrag vorgesehenen Höhe zustimmen, der unterjährigen Erhöhung der Liquiditätskredite stelle sich SPD jedoch nicht entgegen.

Auf die Erläuterung von Walter Weidmann, die Gemeinde werde letztlich nur den Betrag an Krediten aufnehmen, der tatsächlich aufgrund der Stundungsanträge von Anliegern benötigt werde, erwidert Andreas Engel, es gehe nicht darum, dem Gemeindevorstand zu misstrauen bezüglich der Höhe des Darlehens, das dann tatsächlich aufgenommen werde, sondern darum, einen Systemwechsel zu vollziehen.

Michelle Marquardt erklärt, dass es in der heutigen Sitzung nicht um die Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge gehe. So gesehen könne man dem Nachtrag in der von der Verwaltung vorgelegten Form zustimmen. Sofern wiederkehrende Straßenbeiträge eingeführt würden, sei die Kreditaufnahme aufgrund von Stundungsanträgen für die vier noch nicht abgerechneten Straßen ohnehin obsolet.

Klaus Schürger vertritt die Auffassung, dass der von der SPD-Fraktion angekündigte Antrag auf Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen zu spät komme. Man könne im gleichen Jahr nicht eine Straße nach dem bestehenden System abrechnen und die anderen Straßen nach einem neuen System. So schaffe man „zwei Arten von Bürgern“. Er halte es für unsozial, nach zwei Modellen abzurechnen. Das Problem an sich habe die Landesregierung verursacht, das Land drücke den Gemeinden diese Kosten auf. Er könne nicht verstehen, warum die Bürgermeister hier die Füße still hielten.

Joachim Eichner erklärt, dass die FDP-Fraktion sich entschieden habe, generell keinem Nachtrag zuzustimmen, sondern den Ball an die Landesregierung zurückzuspielen. Zu entscheiden eine Kreditaufnahme wegen der zu stundenden Straßenbeiträge nicht zu beschließen, also nicht das zu tun, was die Landesregierung wolle, sei das größere Zeichen, um der Unzufriedenheit der Gemeinde mit der getroffenen Regelung Ausdruck zu verleihen.

Auch Patrick Eckert sieht das Problem darin, wie die Gemeinde mit einer Situation umgehen solle, die sie nicht selbst verschuldet habe. Die Frage sei, ob man das Spiel, das die Landesregierung mit der Gemeinde spielen will, mitmache. Damit die Verwaltung aber handlungsfähig bleibe, würde er nicht so weit gehen wie von Joachim Eichner angeführt.

Walter Weidmann informiert, dass die CDU-Gemeindeverbände aus Brensbach, Reichelsheim und Fränkisch-Crumbach gemeinsam den Vorschlag an die Landesregierung gegeben hätten, die Stundungen der Straßenbeiträge über die WI-Bank

abzuwickeln. Ob dieses Schreiben in Wiesbaden Erfolg habe, wisse man nicht, aber es müsse ein gewisser Druck auf die Landesregierung kommen, um gegebenenfalls eine Änderung der jetzigen Regelung herbeizuführen.

Bürgermeister Engels erläutert, der vorliegende Nachtragshaushalt sei ein Gebot der kaufmännischen Vorsicht. Es sei die Aufgabe des Bürgermeisters, zu vermeiden, dass die Gemeinde in Liquiditätsprobleme laufe. Die mit dem Nachtragshaushalt dokumentierte Vorgehensweise der Erhöhung der Kreditermächtigung und der Erhöhung der Liquiditätskredite, die zum 31.12.2019 zurückzuführen seien und in ein langfristiges Darlehen umzuwandeln, sei mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt. Die höhere Kreditermächtigung sei erforderlich, um für die maximal zu erwartenden Stundungsanträge gewappnet zu sein. Der Bürgermeister bittet, das Thema wiederkehrende Straßenbeiträge vom Nachtragshaushalt zu trennen. Die Beitragspflicht für die Darmstädter Straße sei bereits entstanden und für die übrigen Straßen werde sie mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit aufgrund vorliegender Schlussrechnungen entstehen, bevor eine Satzung über wiederkehrende Straßenbeiträge in Kraft sein könne. Die Frage, ob eine neue Satzung für bereits fertiggestellte und abgerechnete Straßen anzuwenden sei, sei nicht geklärt. Zumindest müsse in Betracht gezogen werden, dass dies nicht der Fall sein werde.

Auf die weiteren Ausführungen von Bürgermeister Engels, dass der vorliegende Nachtrag alle Eventualitäten abdecken solle, damit die Notwendigkeit weiterer Nachträge und die damit verbundene Arbeitsbelastung der Verwaltung – sowohl für die eigentliche Erstellung von Nachträgen als auch für Gremiensitzungen u.a. – entfalle, reagiert Joachim Eichner erstaunt darüber, den Gemeindevertreter/innen vorzuwerfen, sie würden die Verwaltung zu sehr in Anspruch nehmen.

Klaus Schürger stellt klar, dass es nicht die Idee von Mitgliedern der Gemeindevertretung war, eine Sitzung abzusagen und drei neue Sitzungen kurzfristig anzuberaumen. Weiterhin zitiert Klaus Schürger Art. 137 Abs. 6 der Hessischen Verfassung mit der Bitte, dies ausdrücklich ins Protokoll aufzunehmen. Danach ist ein entsprechender Ausgleich zu schaffen, sofern die Übertragung neuer Aufgaben oder die Veränderung bestehender eigener oder übertragener Aufgaben zu einer Mehrbelastung oder Entlastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände führt. Er verstehe nicht, weshalb der Hessische Städte- und Gemeindebund nicht im Sinne seiner Mitglieder tätig werde und gegen die von der Landesregierung getroffene Regelung klage.

Patrick Eckert stellt klar, dass es nicht Aufgabe des Bürgermeisters sei, der Gemeindevertretung oder dem Haupt- und Finanzausschuss zu sagen, wie viele Nachtragshaushalte zu diskutieren seien. Die im Änderungsantrag der SPD-Fraktion genannte Erhöhung der Kreditaufnahme um 200 T€ decke den für die nächsten Wochen absehbaren Liquiditätsbedarf für die Stundungsanträge für die Straßenbeiträge der Darmstädter Straße ab. Die darüber hinaus im Nachtragshaushalt veranschlagten 600 T€ für die übrigen Straßen seien nicht absehbar, daher werde die SPD-Fraktion einer Kreditermächtigung dafür nicht zustimmen. Zum aktuellen Zeitpunkt gebe es lediglich eine sachliche Grundlage für eine Kreditermächtigung für 200 T€ für die Darmstädter Straße. Auch Andreas Engel betont, dass der Bürgermeister die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nicht in die Enge treiben solle mit den Aussagen zur Mehrarbeit für die Verwaltung im Falle weiterer Nachtragshaushalte.

Bürgermeister Engels macht deutlich, dass der Betrag von 800 T€ keine Erfindung der Finanzabteilung sei, sondern aufgrund der Empfehlung der Kommunalaufsicht zustande komme, wonach 95 % der Straßenbeiträge als Darlehen aufgrund zu erwartender Stundungsanträge aufzunehmen bzw. als Kreditermächtigung im Haushalt zu veranschlagen seien.

Nach dieser ausführlichen Diskussion lässt der Vorsitzende zunächst über den in der Sitzung mündlich geänderten Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförder-

maßnahmen erforderlich ist, gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 38.000 € um maximal 225.000 € zu erhöhen und damit auf 263.000 € festzusetzen.

Abstimmungsergebnis

| Zustimmung | Ablehnung | Enthaltung |
|------------|-----------|------------|
| 3 (SPD) | 3 (CDU) | 1 (FDP) |

Somit ergeht die Empfehlung an die Gemeindevertretung, den Antrag abzulehnen.

34.1 Gesamtergebnishaushalt

Beschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Gesamtergebnishaushalt des 1. Nachtragshaushalts 2019, der gegenüber dem Kernhaushalt unverändert Erträge in Höhe von 6.549.061 € und Aufwendungen in Höhe von 6.504.315 € und somit einen Überschuss von 44.746 € ausweist, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis

| Zustimmung | Ablehnung | Enthaltung |
|------------|-----------|------------|
| - | - | 7 |

Es ergeht somit keine empfehlende Beschlussfassung an die Gemeindevertretung.

34.2 Gesamtfinanzhaushalt

Beschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Gesamtfinanzhaushalt des 1. Nachtragshaushalts 2019 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis

| Zustimmung | Ablehnung | Enthaltung |
|------------|-----------|------------|
| - | - | 7 |

Es ergeht somit keine empfehlende Beschlussfassung an die Gemeindevertretung.

34.3 Investitionsprogramm

Beschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, das Investitionsprogramm, das mit dem 1. Nachtragshaushalt 2019 nunmehr Investitionen in Höhe von 145.000 € vorsieht, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis

| Zustimmung | Ablehnung | Enthaltung |
|------------|-----------|------------|
| - | - | 7 |

Es ergeht somit keine empfehlende Beschlussfassung an die Gemeindevertretung.

34.4 Haushaltssatzung

Beschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Haushaltssatzung des 1. Nachtragshaushalts 2019 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis

| Zustimmung | Ablehnung | Enthaltung |
|------------|-----------|------------|
| - | - | 7 |

Es ergeht somit keine empfehlende Beschlussfassung an die Gemeindevertretung.

TOP 38**Verschiedenes**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Fränkisch-Crumbach, den 6. Juni 2019

Der Vorsitzende:

Schriftführerin:

Eichner

Fuhrmann

